

## **Europäisierte Protestlandschaft**

Ausmaß und Formen europäisierter Proteste mit deutscher Beteiligung  
von Maastricht bis zur Eurokrise

Regina Becker (Universität Bremen)

Swen Hutter (EUI Florenz)

### **Zusammenfassung**

Basierend auf einer Protestereignisanalyse der *Frankfurter Rundschau* untersucht der Beitrag, wie sich das Ausmaß und die Formen der Europäisierung in der deutschen Protestarena seit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags entwickelt haben. Es werden drei Thesen zum Einfluss von Autoritätstransfers, parteipolitischer Konflikte sowie der Eigenlogik der Protestarena getestet. Dabei zeigt sich, dass die Entwicklung europäisierten Protests weiterhin stark von situativen Faktoren abhängt und sich das Ausmaß auch nach Protestwellen auf keinem höheren Niveau stabilisiert hat.

*Keywords: Europäisierung, Protest, soziale Bewegungen, Autoritätstransfer, Protestereignisanalyse*

### **Autor\*innenangaben:**

Dipl.-Soz. Regina Becker, Universität Bremen, SOCIUM (Forschungszentrum Ungleichheit und Sozialpolitik), Mary-Somerville-Str. 5, D-28359 Bremen, regina.becker@uni-bremen.de

Dr. Swen Hutter, European University Institute, Department of Political and Social Sciences, Badia Fiesolana, Via dei Roccettini 9, I-50014 S. Domenico di Fiesole, Swen.Hutter@EUI.eu

*Beitrag für das Leviathan-Sonderheft „Protest in Bewegung? Zum Wandel von Bedingungen, Formen und Effekten politischen Protests“ hrsg. von Priska Daphi, Nicole Deitelhoff, Dieter Rucht und Simon Teune*

**English Title:** Europeanized protest landscape: Level and forms of Europeanized protests with German participation from Maastricht to the Euro crisis

**Abstract:** Relying on a protest event analysis of the *Frankfurter Rundschau*, the article focuses on the questions of how the level and forms of Europeanization have developed in the German protest arena since the Maastricht treaty. Moreover, it tests three theses on the influence of authority transfers, conflicts in party politics, and the specific logic of protest politics. The results indicate that the development of Europeanized protests still depends mainly on situational factors and that its level has not stabilized on a higher level even after a protest wave.

*Keywords:* Europeanization, protest, social movements, authority transfers, protest event analysis

## Einleitung<sup>1</sup>

In der Debatte um das Demokratiedefizit des europäischen Integrationsprojekts wird oftmals angenommen, dass der Zivilgesellschaft und sozialen Bewegungen eine entscheidende Rolle bei einer weiteren Politisierung und Demokratisierung europäischer Politik zukommt.<sup>2</sup> So argumentieren beispielweise Beck und Grande<sup>3</sup>, dass ein demokratischeres und kosmopolitisches Europa nur durch starke soziale Bewegungen und zivilgesellschaftliche Akteure entstehen kann. Im Zusammenhang mit der anhaltenden Krise in der Eurozone betont Habermas<sup>4</sup> erneut die Bedeutung der Zivilgesellschaft für die Demokratie in Europa, indem er einwendet: „[a]ber vielleicht geht der Blick nach oben, auf die politischen Eliten und die Medien, überhaupt in die falsche Richtung. Vielleicht können die einstweilen fehlenden Motivationen nur von unten, aus der Zivilgesellschaft selbst, erzeugt werden. Der Ausstieg aus der Atomenergie ist ein Beispiel dafür, dass sich die politisch-kulturellen Selbstverständlichkeiten und damit die Parameter der öffentlichen Diskussion nicht ohne die zähe Maulwurfsarbeit sozialer Bewegungen verschieben.“ Gleichzeitig betont Habermas jedoch, dass eine solche Bewegung für Europa momentan nicht absehbar sei.

An diesem Punkt setzt die folgende empirische Untersuchung an, in der wir zum einen der Frage nachgehen, *wie sich das Ausmaß und die Formen europäisierter Proteste seit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags entwickelt haben*, und zum anderen analysieren, *welche Faktoren zur verstärkten Europäisierung der Protestlandschaft führen*. Unter europäisiertem Protest verstehen wir jene Protestereignisse, die einen *thematischen* Bezug zum europäischen Integrationsprozess aufweisen. Dieser Bezug wird entweder direkt über das Thema des Protests oder indirekt über den Adressaten des Protests oder die Begründungsmuster hergestellt, die von den Protestierenden herangezogen werden. Um verschiedene Formen der Europäisierung von Protest zu unterscheiden,

---

<sup>1</sup> Der Beitrag basiert auf aktualisierten Daten des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projekts „Die Politisierung Europas. Eine vergleichende Untersuchung elektoraler und nicht-elektoraler Partizipation und Mobilisierung zum europäischen Integrationsprozess“. Das Projekt wurde von Edgar Grande (LMU München) und Hanspeter Kriesi (EUI Florenz) geleitet (für die zentralen Projektergebnisse, siehe Hutter et al. 2016). Wir danken unseren Kolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit und ihr Feedback. Für Analysen europäisierter Proteste in allen sechs im Projekt untersuchten westeuropäischen Ländern in den Jahren 1995 bis 2010 siehe Dolezal et al. (2016).

<sup>2</sup> Vgl. Schäfer 2006.

<sup>3</sup> Beck, Grande 2007, Kapitel 4.

<sup>4</sup> Habermas 2011, S. 128.

kombinieren wir diese inhaltliche Dimension von Europäisierung mit der organisatorischen Dimension im Sinne einer transnationalen Vernetzung von Organisationen und Teilnehmenden.<sup>5</sup> Basierend auf der Literatur zur Europäisierung von sozialen Bewegungen sowie der Literatur zur Politisierung Europas entwickeln wir drei Thesen zur Erklärung des Ausmaßes europäisierten Protests. Die drei Thesen stellen jeweils ein Set von Erklärungsfaktoren in den Vordergrund: Die erste Erwartung stellt die veränderten politisch-institutionellen Rahmenbedingungen im Zuge zunehmender Autoritätstransfers auf die europäische Ebene in den Mittelpunkt; die zweite These fokussiert auf „spill over“-Effekte vermehrter Konflikte um Europa in der Parteipolitik; und die dritte These betont die Eigenlogik der Protestarena und situativer Faktoren für das Aufkommen von Protest.

Im Zentrum der empirischen Analyse steht die deutsche Protestlandschaft im Zeitraum von 1995 bis 2014. Dabei definieren wir die deutsche Protestlandschaft nicht territorial im Sinne aller Proteste, die in Deutschland stattfinden, sondern über die Beteiligung deutscher Akteure und Organisationen. Damit begegnen wir der Kritik eines ‚methodologischen Nationalismus‘.<sup>6</sup> Unsere Analysen stützen sich auf eine quantitative Protestereignisanalyse. Die Erhebung basiert auf der Selektion und Codierung der *Frankfurter Rundschau* (zum Vorgehen, siehe „Daten und Methode“).

Unseres Erachtens ist diese empirische Bestandsaufnahme sowohl für die soziale Bewegungsforschung als auch die Literatur zur Politisierung europäischer Integration von großer Relevanz.<sup>7</sup> Protest, über den medial berichtet wird, vereint alle drei von der Politisierungsliteratur betonten Dimensionen des Konzepts: Salienz, Polarisierung und Ausweitung der Akteure. *Erstens* verweisen Protestereignisse, welche die Aufmerksamkeit der Medien erlangt haben, auf eine steigende Salienz oder Sichtbarkeit eines Themas in der öffentlichen Debatte. *Zweitens* deuten Protestereignisse auf eine Polarisierung des Konflikts hin, da nicht nur konventionelle, sondern auch stärker konfrontative Partizipationsformen gewählt werden, um Dissens auszudrücken.<sup>8</sup> *Drittens* führt Protestpolitik zu einer Ausweitung der Akteure über den Kreis politischer Eliten hinaus. Daher erscheint die Protestarena als zentraler Ort, an dem eine mögliche Politisierung Europas von unten stattfinden kann bzw. sollte.

---

<sup>5</sup> Vgl. Imig, Tarrow 2001a, 2003; Della Porta, Caiani 2009.

<sup>6</sup> Vgl. Grande 2006; Zürn 2001.

<sup>7</sup> Vgl. die jüngsten Arbeiten in De Wilde et al. 2016; Hutter et al. 2016; Risse 2015.

<sup>8</sup> Mcadam et al. 2001.

Im Folgenden präsentieren wir zunächst den Forschungsstand zu europäisiertem Protest und entwickeln dann die drei generellen Erwartungen zu dessen Entwicklung im Zeitverlauf. Anschließend stellen wir die Datenerhebung und den Aufbau der Studie vor. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in zwei Schritten: Zunächst geben wir einen Überblick über die Entwicklung des Ausmaßes und der Formen europäisierten Protests und werden dann die zuvor darstellten Thesen überprüfen.

## **Begrenzt aber zunehmend? Forschungsstand und Erwartungen zu europäisiertem Protest**

### *Ausmaß und Formen der Europäisierung*

Im Gegensatz zur Forschung zu Wahlen und öffentlichen Debatten sind quantitative Studien zu Protest mit Bezug zum europäischen Integrationsprozess weniger zahlreich. Dennoch gibt es eine steigende Anzahl an Studien, die an die wegweisende Arbeit von Doug Imig und Sidney Tarrow<sup>9</sup> „Contentious Europeans“ anknüpfen.<sup>10</sup> Die Ergebnisse bisheriger Studien zu europäisiertem Protest spiegeln den ambivalenten Effekt des europäischen Integrationsprozesses auf die Entwicklung von Protest wider: Auf der einen Seite beeinflusst der europäische Integrationsprozess die thematischen Zielsetzungen und die Organisationsstruktur von Protesten in Europa. Auf der anderen Seite ist das Ausmaß dieser Veränderungen jedoch noch immer relativ begrenzt.

Umstritten ist zudem, ob europäisierter Protest im Zeitverlauf anstieg. In ihrer groß angelegten Protestereignisanalyse beobachten Imig und Tarrow<sup>11</sup>, dass EU-bezogene Proteste in den Jahren 1984 bis 1997 zwar noch immer einen geringen Anteil aller Proteste darstellen, dass es jedoch zu einem signifikanten Anstieg in der post-Maastricht Phase kam.<sup>12</sup> Ruchts<sup>13</sup> Arbeiten zu Deutschland unterstreichen den relativ geringen Europäisierungsgrad von Protest, er findet jedoch bis Mitte der 1990er Jahre keinen klaren Anstieg im Zeitverlauf. Basierend auf aktuelleren Daten für die

---

<sup>9</sup> Imig, Tarrow 2001a, 2003.

<sup>10</sup> Z.B. Balme, Chabanet 2008; Rucht 2002; Bush, Simi 2001; Uba, Ugglä 2011; Della Porta, Caiani 2009, 2007; Rucht 2000; Uba, Ugglä 2012; Gläser 2011; Reising 1999, 1998; Dolezal et al. 2016.

<sup>11</sup> Imig, Tarrow 2001b, S. 35.

<sup>12</sup> Das Ergebnis, dass europäisierter Protest „begrenzt aber ansteigend“ ist, wird durch Studien bestätigt, die das gesamte Aktionsrepertoire zivilgesellschaftlicher Akteure im Kontext europäischer Integration einbeziehen. Anhand von Interviewmaterial zeigt dieser Forschungsstrang, dass, gerade wenn man Strategien auf der nationalen Ebene mit jenen auf der europäischen Ebene vergleicht, Lobbying die bevorzugte Aktionsform nicht-staatlicher Organisationen auf EU-Ebene ist (soziale Bewegungsorganisationen eingeschlossen) (z.B. Della Porta, Caiani 2009, S. 109; Roose 2003; Statham, Trenz 2013a, S.35). Zugleich lässt sich jedoch zeigen, dass Bewegungsorganisationen ihre Aktivitäten im Zeitverlauf anpassen, indem sie zunehmend EU-Institutionen adressieren, Themen als verbunden mit der EU *framen* sowie transnationale Netzwerke aufbauen (Della Porta, Caiani 2009, S. 125).

<sup>13</sup> Rucht 2000, 2002.

Jahre 1992 bis 2007 finden Uba und Ugglá<sup>14</sup> ebenfalls keinen deutlichen Trend hin zu mehr europäisiertem Protest.<sup>15</sup> Vielmehr lässt sich ein Anstieg der Anzahl an Protesten in den frühen 2000er Jahren beobachten, gefolgt von einem Rückgang des Protestniveaus auf jenes Mitte der 1990er. Zu vergleichbaren Ergebnissen kommen Dolezal et al.<sup>16</sup> hinsichtlich der generellen Entwicklung in den sechs von ihnen untersuchten Ländern im Zeitraum 1995 bis 2010. Sowohl die Anzahl der von ihnen erhobenen Ereignisse als auch die Anzahl Teilnehmender deutet auf eine Protestwelle in den frühen 2000ern hin, welche anschließend wieder abebbt. Über die meisten europäisierten Ereignisse wurde in den Jahren 1999, 2001 und 2005 berichtet. In diesen Jahren kam es zu Protesten mit einer Vielzahl unterschiedlicher Themen, wobei es sich bei den meisten Ereignissen um Proteste von Landwirten – 1999 und 2001 beträgt der Anteil dieser Ereignisse ungefähr 40 Prozent – und zu anderen ökonomischen Themen handelte. Auch der Anstieg der beteiligten Personen in den Jahren 2002 bis 2005 ist insbesondere auf die massiven Proteste gegen die ökonomischen und sozialen Konsequenzen europäischer Integration zurückzuführen. Exemplarisch hierfür stehen das Europäische Sozialforum und die Proteste während des EU-Gipfels in Barcelona 2002. Charakteristisch für diese Ereignisse ist der Ruf nach einem anderen, einem sozialeren Europa.<sup>17</sup>

Nebst der Untersuchung des quantitativen Ausmaßes von Protest mit Bezug zum europäischen Integrationsprozess haben sich Forscherinnen und Forscher auch mit verschiedenen Formen der Europäisierung beschäftigt. Imig und Tarrow<sup>18</sup> haben dazu eine Typologie europäisierten Protests entwickelt, die jeweils sowohl zwischen zwei Typen von Akteuren als auch Adressaten unterscheidet. Der Adressat des Protests ist entweder national (z. B. die nationale Regierung) oder europäisch (z. B. die Europäische Kommission). Hinsichtlich der an dem Protestereignis beteiligten Akteure unterscheiden Imig und Tarrow zwischen nationalen und transnationalen Teilnehmenden und/oder mobilisierenden Organisationen. Während ihre ursprüngliche Typologie dazu dienen sollte, rein nationale Proteste (das heißt nationale Akteure, die gegen nationale Themen protestieren und dabei ein nationales Ziel adressieren) von transnationalen Protesten zu unterscheiden, wurde sie jedoch hauptsächlich für die Analyse von Protesten mit transnationalen (oder europäischen) Themen verwendet.<sup>19</sup>

---

<sup>14</sup> Uba, Ugglá 2011.

<sup>15</sup> Vgl. auch Rauh 2016 für die Jahre 1990 bis 2011.

<sup>16</sup> Dolezal et al. 2016, S. 119.

<sup>17</sup> Vgl. hierzu auch Della Porta, Parks 2013; Della Porta, Caiani 2009, S. 129-135.

<sup>18</sup> Imig, Tarrow 2001c, S. 17.

<sup>19</sup> Vgl. Imig, Tarrow 2001c; Della Porta, Caiani 2007, 2009.

Durch die Kombination der zwei Dimensionen (der Akteure und der Adressaten) erhält man vier Formen europäisierten Protests. Diese bezeichnen della Porta und Caiani<sup>20</sup> als Domestizierung, Externalisierung, transnationaler Druck und Supranationalisierung (Tabelle 1). „Domestizierte Proteste“ haben ein europäisches Thema, sind jedoch von nationalen Akteuren organisiert und adressieren nationale Institutionen oder Körperschaften. Im Gegensatz dazu sind „externalisierte Proteste“ von nationalen Akteuren organisiert, adressieren jedoch Institutionen oder Körperschaften jenseits des Nationalstaats. Proteste, die der Kategorie „transnationaler Druck“ zugeordnet werden, sind Ereignisse, die parallel in verschiedenen Ländern organisiert werden, jedoch nationale Adressaten haben. Ereignisse, die unter die Kategorie „Supranationalisierung“ fallen, werden über nationale Grenzen hinweg organisiert und richten sich an europäische Institutionen. Die letzte Kategorie ist kongruent mit dem, was della Porta und Tarrow<sup>21</sup> als „transnationale kollektive Aktion“ bezeichnen. Della Porta und Tarrow erachten den Anstieg dieser Form als wichtigsten Trend der Transnationalisierung von Protest.

[Tabelle 1]

Was wissen wir aus bisherigen empirischen Studien über die Verteilung und Entwicklung dieser verschiedenen Formen? Imig und Tarrow<sup>22</sup> zeigen für den Zeitraum von 1984 bis 1997, dass Domestizierung mit Abstand die häufigste Form europäisierten Protests darstellt. Mehr als 80 Prozent aller von ihnen codierten Ereignisse sind Beispiele für diesen Typ von Europäisierung. Darüber hinaus stellen sie keine deutlichen Veränderungen in der Phase nach der Ratifizierung des Maastrichter Vertrags (1992) fest. Die Studie zu Protesten von Landwirten (1992-1997) von Bush und Simi<sup>23</sup> bestätigt die Dominanz domestizierter Proteste. Auch die Ergebnisse von Uba und Ugglä<sup>24</sup> verweisen darauf, dass supranationale Proteste selten sind und zudem ihr Anteil zwischen 1992 und 2007 nicht angestiegen ist. Anhand ihrer „claims-making“-Daten sowie ausgewählter

---

<sup>20</sup> Della Porta, Caiani 2007, S. 7; 2009, S. 52.

<sup>21</sup> Della Porta, Tarrow 2005.

<sup>22</sup> Imig, Tarrow 2001a.

<sup>23</sup> Bush, Simi 2001, S. 102-103.

<sup>24</sup> Uba, Ugglä 2011, S. 386.

Fallstudien widersprechen della Porta und Caiani<sup>25</sup> dieser Beobachtung. Auf der einen Seite beobachten sie, dass Europäisierung von unten vornehmlich die Form von „Domestizierung“ annimmt, stellen jedoch einen Anstieg der übrigen Formen von Europäisierung zwischen den 1990ern und den frühen 2000er Jahren fest. Zu ähnlichen Ergebnissen gelangen auch Balme und Chabanet<sup>26</sup> auf Basis ihrer umfangreichen Fallstudien zu ausgewählten europäischen Politikfeldern.

### *Drei Thesen zur Erklärung europäisierten Protests*

Hinsichtlich der zeitlichen Entwicklung des Ausmaßes europäisierten Protests formulieren wir drei Erwartungen. Im Kern stützen sich diese auf die zentralen Elementen des „political process“-Ansatzes der sozialen Bewegungsforschung:<sup>27</sup> Strukturen, Akteurskonfiguration und Interaktionskontext. Die erste Erwartung stellt die veränderten politisch-institutionellen Rahmenbedingungen im Zuge zunehmender Autoritätstransfers auf die europäische Ebene in den Mittelpunkt;<sup>28</sup> die zweite These fokussiert auf „spill over“-Effekte vermehrter Konflikte um Europa in der Parteipolitik;<sup>29</sup> und die dritte These betont die Eigenlogik der Protestarena und situativer Faktoren für das Aufkommen von Protest.

Die meisten sozialen Bewegungsforscher/-innen, die sich für das Ausmaß und die Formen europäisierten Protests interessieren, erwarten, dass ein zunehmender Transfer von Entscheidungsbefugnissen auf die europäische Ebene letztlich zu einem Anstieg von Protest mit Bezug zum europäischen Integrationsprozess führen wird.<sup>30</sup> Das zentrale Argument dieser *ersten Erwartung* besteht darin, dass je mehr Befugnisse auf die europäische Ebene übertragen werden, desto stärker sollten politische Akteure diese veränderten Gelegenheitsstrukturen berücksichtigen und zunehmend europäische Themen artikulieren bzw. europäische Akteure adressieren. In einer historischen Perspektive ist diese Entwicklung vergleichbar mit der Verschiebung von lokaler zu nationaler Mobilisierung zu Zeiten der Entstehung der Nationalstaaten.<sup>31</sup> Zugleich weisen jedoch selbst die optimistischsten Einschätzungen darauf hin, dass die Organisation europäisierter Protestereignisse

---

<sup>25</sup> Della Porta, Caiani 2009, S. 81.

<sup>26</sup> Balme, Chabanet 2008, S. 247.

<sup>27</sup> Vgl. Kriesi 2004.

<sup>28</sup> Vgl. Marks, Mcadam 1996, 1999; Zürn 2006; De Wilde, Zürn 2012.

<sup>29</sup> Vgl. Hooghe, Marks 2009; Hutter 2014a.

<sup>30</sup> Z.B. Della Porta, Caiani 2009; Imig, Tarrow 1999; Marks, Mcadam 1996; Balme, Chabanet 2008; Imig, Tarrow 2001b.

<sup>31</sup> Vgl. Tilly 2004.



aufgrund beschränkter Ressourcen, der Komplexität der Entscheidungsprozesse auf EU-Ebene sowie der weiterhin vornehmlich nationalen Rahmung von Missständen schwierig ist.<sup>32</sup>

Dieses Argument entspricht der Annahme der Politisierungsliteratur, dass Autoritätstransfers die zentrale Ursache für vermehrte öffentliche Auseinandersetzungen über europäische Integration sind.<sup>33</sup> De Wilde und Zürn<sup>34</sup> betonen dabei, dass die Politisierung europäischer Integration von der zunehmenden politischen Autorität der europäischen Ebene angetrieben wird, welche sich in der Transformation von einer traditionell internationalen Organisation hin zu einem umfassenden politischen System äußert. Es wird erwartet, dass solche Autoritätstransfers zu Widerstand der Bürgerinnen und Bürger führen und einen steigenden öffentlichen Legitimationsdruck erzeugen. Als Folge davon müssen sich die politischen Eliten positionieren und das Thema Europa wird zunehmend zum Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung. In diesem Zusammenhang kommt Vertragsrevisionen, welche einen signifikanten Autoritätstransfer mit sich bringen (würden), eine entscheidende Rolle zu. Der Vertrag von Maastricht (Jahr der Unterzeichnung: 1992) und nachfolgende Vertragsreformen, insbesondere der gescheiterte Verfassungsentwurf (2004) und der Lissaboner Vertrag (2007), werden dabei als zentrale Wendepunkte des Integrationsprozesses und seiner Politisierung angesehen.<sup>35</sup> Seit Beginn der Eurokrise im Herbst 2009 kam es zu keiner erneuten Vertragsänderung, dennoch sah Europa eine deutliche Zunahme an supranationaler und technokratischer Integration in der Fiskal- und Finanzpolitik.<sup>36</sup>

Die *zweite Erwartung* zur Entwicklung europäisierter Protestpolitik bezieht sich stärker auf die Akteurskonstellation (sei es im Sinne von Allianzpartnern/-innen oder Gegnern/-innen), mit denen soziale Bewegungen und andere Protestakteure konfrontiert sind. In Anlehnung an die postfunktionalistische Theorie europäischer Integration von Liesbet Hooghe und Gary Marks<sup>37</sup> spielen dabei nationale politische Parteien und insbesondere radikale Parteien eine zentrale Rolle. Mit Blick auf die Autoritätstransfer-These wird argumentiert, dass die Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen politische Potentiale erzeuge, diese jedoch von politischen Akteuren zunächst artikuliert und mobilisiert werden müssen. Dabei wird insbesondere das strategische Kalkül von Parteien betont. Es wird argumentiert, dass euroskeptische Parteien und gerade die populistische Rechte die

---

<sup>32</sup> Siehe für eine Zusammenfassung Rucht 2002, S. 186-188.

<sup>33</sup> Vgl. De Wilde, Zürn 2012; Zürn 2006; Zürn et al. 2012; Rauh 2015.

<sup>34</sup> De Wilde, Zürn 2012, S. 138; vgl. auch Grande, Hutter 2016.

<sup>35</sup> De Wilde, Zürn 2012; Statham, Trenz 2013a, b.

<sup>36</sup> Schimmelfennig 2014.

<sup>37</sup> Hooghe, Marks 2009.

stärksten Anreize haben, Fragen europäischer Integration zu politisieren.<sup>38</sup> Diese Parteien sind besonders für Fragen nationaler Souveränität und Identität sensibilisiert und haben daher ein äußerst erfolgreiches Angebot formuliert, um jene Bevölkerungsschichten zu mobilisieren, die sich negativ von Europäisierungs- und Globalisierungsprozessen betroffen fühlen. Gleichzeitig wird argumentiert, dass Einstellungen zu europäischer Integration Mainstream-Parteien eher spalten und diese oftmals auch eine europafreundlichere Position einnehmen als ihr Elektorat.<sup>39</sup> Daher haben Mainstream-Parteien kaum Anreize, das Thema Europa auf die Agenda zu setzen. Die empirische Analyse von Hutter und Grande<sup>40</sup> zeigt jedoch, dass die Bedeutung rechtspopulistischer Herausforderer für die Politisierung Europas tendenziell überschätzt wurde. So sind es oftmals Konflikte zwischen und innerhalb von Mainstream-Parteien, die für die stärkste Sichtbarkeit in der öffentlichen Auseinandersetzung um Europa verantwortlich sind.<sup>41</sup>

Generell lässt sich jedoch die zunehmende Politisierung in der Parteiarena im Sinne themenspezifischer und diskursiver Gelegenheiten für die Mobilisierung in der Protestarena interpretieren: Öffentliche Auseinandersetzungen zu einem Thema können für Protestakteure als Signale dafür gesehen werden, dass die Ausgangsbedingungen für einen erfolgreichen Protest günstig sind und Kooperationen mit starken Allianzpartner/-innen möglich scheinen.<sup>42</sup> Beide Faktoren könnten zu verstärktem Protest führen. In Anlehnung an das „spill over“-Konzept kann somit eine Ausweitung des Konflikts in die Protestarena erwartet werden.

Die *dritte Erwartung* zum Ausmaß europäisierten Protests betont die Eigenlogik der Protestarena sowie die Bedeutung situativer Faktoren. Es wird erwartet, dass die zeitliche Entwicklung europäisierter Proteste ein generelles Abbild der Protestentwicklung in einem Land bzw. von stärker situationsbedingten Interaktionen und Ereignissen darstellt. Mit Blick auf die generelle Bedeutung von Protest im nationalen Kontext formuliert Reising<sup>43</sup> die These, dass die Offenheit des nationalen politischen Systems in engem Zusammenhang mit dem Ausmaß europäisierten Protests steht. Er argumentiert, dass Gruppen, die in einem geschlossenen politischen System mobilisieren und handeln, eher dazu neigen die neuen Gelegenheiten auf europäischer Ebene zu nutzen, da sie

---

<sup>38</sup> U.a. Hobolt, De Vries 2015; Hooghe, Marks 2009; Kriesi 2007; Kriesi et al. 2008.

<sup>39</sup> U.a. Van Der Eijk, Franklin 2004; Tzelgov 2014.

<sup>40</sup> Hutter, Grande 2014.

<sup>41</sup> Siehe auch Senninger, Wagner 2015.

<sup>42</sup> Hutter 2014a; Koopmans et al. 2005.

<sup>43</sup> Reising 1998.

durch diese potentiell gestärkt werden. Auch Poloni-Staudinger<sup>44</sup> erwartet, dass Umweltaktivist/-innen, die in ein geschlossenes nationales politisches System eingebunden sind, mit einer größeren Wahrscheinlichkeit nach alternativen Wegen der Einflussnahme auf supranationaler Ebene suchen. Gleichzeitig kann aber mit Blick auf eine immer stärkere Verschränkung des europäischen Mehrebenensystems vermutet werden, dass vermehrter Protest im nationalen Raum auch zu einer stärkeren Thematisierung der europäischen Dimension des Problems führt. Diese zunehmende Verschränkung von europäischer und nationalstaatlicher Ebene wird durch die jüngsten Protestwellen in Südeuropa unterstrichen. Zwar richtet sich ein Großteil der Forderungen an die nationalen Eliten, gleichzeitig wird jedoch auch das Spannungsverhältnis zwischen nationaler Demokratie und supranationalen Regelungen deutlich artikuliert.<sup>45</sup> Diese Beobachtung lässt sich dahingehend verallgemeinern, dass EU-bezogene Proteste Reaktionen auf spezifische Problemlagen und Ereignisse darstellen, die zwar ihre Ursache im zunehmenden Autoritätstransfer auf die europäische Ebene haben mögen, die jedoch durch einzelne policy-Entscheidungen ausgelöst werden und in die breitere, auch nationale Artikulation von Missständen eingebettet sind.<sup>46</sup>

Zusammenfassend formulieren wir die folgenden drei Thesen:

Die Europäisierung der Protestpolitik hängt vom Ausmaß der Autoritätstransfers auf die europäische Ebene ab. Daher kommt es zu einem graduellen Anstieg über Zeit und Spitzenwerten im Ausmaß des Protests bei Vertragsrevisionen (*Autoritätstransfer*).

Die Europäisierung der Protestpolitik hängt von der Politisierung des Europathemas in der Parteiarena ab. Daher kommt es zu Spitzenwerten im Ausmaß des Protests in Zeiten erhöhter parteipolitischer Auseinandersetzung – insbesondere bei nationalen Wahlkämpfen, in denen die Europafrage politisiert wird („*spill over*“ *der Parteipolitik*).

Die Europäisierung der Protestpolitik hängt von der allgemeinen Entwicklung des Protestniveaus und einzelnen policy-Entscheidungen ab. Daher kommt es zu Spitzenwerten im Ausmaß des Protests bei nationalen Protestwellen und relevanten policy-Entscheidungen (*Eigenlogik der Protestarena*).

---

<sup>44</sup> Poloni-Staudinger 2008.

<sup>45</sup> Vgl. Giugni, Grasso 2015; Della Porta 2015.

<sup>46</sup> Siehe auch Uba, Ugglia 2011, S. 390.

## Daten und Methode

Der Forschungsstand zeigt, dass nur wenige quantitative Studien zur aktuellen Entwicklung europäisierten Protests existieren. Zudem können die groß-angelegten Protestereignisanalysen von Imig und Tarrow<sup>47</sup> sowie von Uba und Ugglä<sup>48</sup> aufgrund ihrer Selektionsstrategie nur begrenzt für die Analyse von Länderprofilen und spezifischen Forderungen der Protestierenden genutzt werden. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass die vertiefte Beschäftigung mit europäisiertem Protest in einem der Kernländer Europas einen wichtigen Beitrag zur Schließung der Forschungslücke im Bereich der Europäisierung sozialer Bewegungen leisten kann. Gerade für Fragen zur zeitlichen Entwicklung von Protest und ihrer Erklärung erscheint die Auseinandersetzung mit einzelnen Ländern zentral.

Die von uns genutzte Methode der Protestereignisanalyse definiert einzelne Ereignisse als zentrale Untersuchungseinheit.<sup>49</sup> Wie bereits oben erwähnt, decken unsere Daten alle politisch motivierten, unkonventionellen Protestaktivitäten ab, die einen thematischen Bezug zum europäischen Integrationsprozess aufweisen. Dieser Bezug wird entweder „direkt“ über das Thema oder „indirekt“ über den Adressat oder die Begründungsmuster hergestellt. So sind beispielsweise die Proteste von Landwirten gegen die EU-Reform des Zuckermarktes im Jahr 2005 Teil unseres Datensatzes, da sich diese Ereignisse direkt thematisch auf Europa beziehen. Ein Protest des Personals im Gesundheitssektor gegen sich verschlechternde Arbeitsbedingungen stellt ein Beispiel für einen indirekten Europa-Bezug dar. Dieses Ereignis ist in unserem Datensatz, da die Begründungsmuster, mit denen das Thema des Protests gerechtfertigt wird, einen Bezug zur EU-Gesetzgebung aufweisen. Ungefähr 80 Prozent aller codierten Ereignisse weisen einen direkten EU-Bezug auf, da mindestens eines der Hauptziele bzw. -themen des Protests europäisiert ist. Ungefähr 50 Prozent aller Ereignisse weisen sowohl einen direkten als auch einen indirekten EU-Bezug auf.

Protestereignisdaten decken meist eine weite Spannbreite von Aktivitäten ab, die von demonstrativen Formen (z. B. öffentlichen Kundgebungen oder Massendemonstrationen) über konfrontativere (z. B. Blockaden oder Besetzungen) bis hin zu gewaltsamen Formen (z. B. physischen Angriffen oder Brandstiftung) reicht. Diese Formen lassen sich als modernes „Widerspruchsrepertoire“ zusammenfassen und ähneln demjenigen, das in Bevölkerungsumfragen normalerweise als

---

<sup>47</sup> Imig, Tarrow 2001b.

<sup>48</sup> Uba, Ugglä 2011.

<sup>49</sup> Für Einführungen und Fragen des Selektionsbias, siehe Koopmans, Rucht 2002; Hutter 2014b; Earl et al. 2004.

„unkonventionelle“ oder „nicht-institutionalisierte“ politische Partizipation abgefragt wird. Dem Ansatz von Kriesi et al.<sup>50</sup> folgend sehen wir von einer exakten Definition eines Protestereignisses ab und verwenden einen operationalen Ansatz, der auf einer detaillierten Liste aller spezifischen Formen basiert, die unter die oben bereits erwähnten Kategorien fallen. Dabei schließen wir jedoch Petitionen und Unterschriftensammlungen aus, da diese einen besonders geringen Aufwand von den einzelnen Partizipierenden erfordern. Anders als andere Studien legen wir keine minimale Teilnehmerzahl fest, da einige Formen – z. B. ein Hungerstreik – oftmals nur von einer sehr kleinen Gruppe oder von Einzelpersonen durchgeführt werden.

Unsere Analysen basieren auf der Codierung einer überregionalen Qualitätszeitung, der *Frankfurter Rundschau*. Die Wahl lediglich einer Zeitung ist eine pragmatische Entscheidung. Gleichzeitig erlaubt uns die Wahl der Frankfurter Rundschau, die Daten mit bestehenden Datensätzen basierend auf der gleichen Quelle zu vergleichen. Anders als in bisherigen Studien<sup>51</sup> haben wir nicht bestimmte Wochentage oder Wochen ausgewählt, sondern eine Analyse aller Ausgaben im gesamten Untersuchungszeitraum durchgeführt. Die Identifikation europäischer Protestereignisse erfolgte in einem ersten Schritt elektronisch mittels einer relativ umfassenden Liste an Suchbegriffen. Diese Liste kombiniert Begriffe, die einen Bezug zu bestimmten Protestformen haben (angefangen mit offensichtlichen Wörtern wie „Demonstration“ oder „Boycott“ aber auch „Blockade“ und „Menschenkette“ haben wir mit eingeschlossen) mit Suchwörtern zu Europa.<sup>52</sup> Aufgrund der verhältnismäßig geringen Anzahl europäisierter Protestereignisse und der damit verbundenen hohen Anzahl an „falschen Positiven“ war der Zeitaufwand, die tatsächlich relevanten Zeitungsartikel im nächsten Schritt manuell auszuwählen, relativ hoch.

In den ausgewählten Artikeln wurden dann europäisierte Protestereignisse identifiziert. Die Codierung der unterschiedlichen Ereignisse erfolgte anhand des Zeitpunktes und des Ortes, an dem sie stattgefunden haben. Ereignisse, die zeitlich (an unterschiedlichen Tagen und/oder zu eindeutig verschiedenen Zeitpunkten innerhalb eines Tages) und/oder räumlich (in unterschiedlichen Städten und/oder eindeutig verschiedenen Teilen einer Stadt) entfernt voneinander stattgefunden haben,

---

<sup>50</sup> Kriesi et al. 1995.

<sup>51</sup> U.a. Kriesi et al. 1995; Rucht 2001.

<sup>52</sup> In einem vorherigen Projekt haben wir Vergleichstest zwischen manuellen und elektronischen Selektionsstrategien durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Vergleichstests belegen, dass es kaum Unterschiede zwischen einer manuellen und einer elektronischer Suchstrategie gibt.

haben wir als je ein Protestereignis behandelt. Ereignisse, über die in mehr als einem Artikel berichtet wurde, wurden jeweils nur einmal in den Datensatz aufgenommen. Für jedes Ereignis haben wir mehr als 40 Variablen codiert, die unter anderem Informationen über das Datum und den Ort des Ereignisses, die Anzahl der involvierten Personen, die Organisator/-innen und die Aktionsform des Protests, das Thema, den Adressat (oder das Ziel) des Protests und die Begründungsmuster, die von den Protestierenden verwendet wurden, um ihre Ziele zu rechtfertigen, umfassen. Wir haben bis zu drei unterschiedliche Themen und Begründungsmuster pro Ereignis erfasst. Die Aktionsform und das Thema des Protests wurden immer codiert (da sie Teil unserer Definition eines relevanten Ereignisses sind), in einigen Fällen enthielt der Zeitungsartikel jedoch nicht Informationen zu allen Variablen. So sind die Anzahl der Teilnehmenden und die Organisator/-innen des Protests beispielsweise in lediglich 53,4 bzw. 73,9 Prozent der Fälle dokumentiert.<sup>53</sup>

### **Die zeitliche Entwicklung von Ausmaß und Formen europäisierter Proteste**

Insgesamt umfasst der Datensatz 489 Ereignisse, die sich thematisch auf den europäischen Integrationsprozess beziehen. Laut der Berichterstattung der Frankfurter Rundschau nahmen rund 1,8 Millionen Personen an diesen Ereignissen teil. Bereits diese Zahl relativiert die Erwartungen einer weitreichenden Europäisierung des deutschen Protestgeschehens.<sup>54</sup> Da es keine Erhebung aller (also auch rein nationaler) Protestereignisse auf Basis der Frankfurter Rundschau für diesen Zeitraum gibt, lässt sich der relative Anteil europäisierter Ereignisse nur grob mittels des um die Jahre 1995 bis 2011 aktualisierten Datensatzes von Kriesi et al.<sup>55</sup> schätzen.<sup>56</sup> Da dieser Datensatz auf der Codierung der Montagsausgaben basiert, haben wir unser Sample europäisierter Protestereignisse entsprechend angepasst. Der relative Anteil europäisierter Proteste beträgt 4,7 Prozent an allen Protestereignissen und 7,4 Prozent an allen Protestierenden.

---

<sup>53</sup> Fehlende Teilnehmerzahlen wurden durch den Median der Teilnehmerzahl einer gegebenen Aktionsform ersetzt. Diese Ersetzungen haben jedoch keinen signifikanten Einfluss auf unsere Ergebnisse, da einige wenige große Ereignisse die Gesamtteilnehmerzahl maßgeblich beeinflussen.

<sup>54</sup> Gleichzeitig erlaubt die Datenbasis deutlich detailliertere Aussagen zum europäisierten Protestgeschehen in Deutschland als bislang vorliegende Daten. Der Datensatz von Imig and Tarrow (2001b) umfasst ungefähr gleich viele Ereignisse für die EU15-Staaten und den Zeitraum 1984 bis 1997. Und auch der umfassende Datensatz von Uba und Ugglä (2011) umfasst rund 1.900 Ereignisse für die EU27-Staaten und den Zeitraum 1992 bis 2007.

<sup>55</sup> Kriesi et al. 1995.

<sup>56</sup> Zu den Daten, siehe auch Hutter 2014a.

Abbildung 1 zeigt die *Entwicklung der Anzahl der Protestereignisse* mit Europabezug pro Monat. Zusätzlich zu den absoluten Werten enthält die Abbildung auch einen gleitenden Mittelwert, um mögliche Trends in den Daten herauszuarbeiten. Zunächst bestätigen unsere Daten frühere Befunde zur Entwicklung europäisierten Protests, da sich kein deutlicher linearer oder plattauförmiger Anstieg über Zeit feststellen lässt. Vielmehr lassen sich drei Spitzenwerte der Europäisierung der deutschen Protestpolitik beobachten. Diese erfolgten um die Jahre 1999 und 2005 sowie seit 2012. Diese Höhepunkte sind aufgrund des insgesamt geringen Ausmaßes an europäisiertem Protest relativ groß. Es stellt sich jedoch zumindest bei der Anzahl der Ereignisse nach diesen Höhepunkten keine Stabilisierung auf einem höheren Niveau ein. Dies widerspricht den von Imig und Tarrow<sup>57</sup> formulierten Erwartungen zu Protestwellen.

Die *Entwicklung der Anzahl Protestierender* unterstreicht den Befund starker Schwankungen des Ausmaßes europäisierter Proteste mit deutscher Beteiligung. Abbildung 2 zeigt diesbezüglich zwei unterschiedliche Werte. Der erste Wert beinhaltet alle codierten Proteste, wohingegen der zweite Wert Ereignisse zum 1. Mai ausschließt. Den 1. Mai-Protesten kommt besondere Aufmerksamkeit zu, da (i) verhältnismäßig viele Protestierende an diesen Ereignissen teilnehmen und sie (ii) eine besondere Art „institutionalisierten“ Protests darstellen, in dem eine Thematisierung Europas möglich, aber nicht zwingend ist.<sup>58</sup> In acht der untersuchten 20 Jahre weisen die 1. Mai-Proteste laut der Darstellung der Frankfurter Rundschau einen thematischen Bezug zu Europa auf. Die meisten Ereignisse fanden 2004 statt und sind auch für die sehr hohe Teilnehmerzahl in diesem Jahr verantwortlich (die Proteste richteten sich gegen die Reformen des Wohlfahrtsstaats der rot-grünen Koalition und zugunsten eines sozialen Europas). Auch im Zuge der Eurokrise wurde Europa seit 2011 vermehrt bei den 1. Mai-Protesten thematisiert. Im Gegensatz zur Grafik, die 1. Mai-Proteste einschließt und von der massiven Mobilisierung im Jahr 2004 geprägt ist, deutet die Darstellung ohne diese Proteste auf ähnliche Hochphasen der Europäisierung von Protest hin wie die Anzahl Ereignisse: um 2000, 2005, 2009 und 2012. Um das Jahr 2000 waren Proteste zur Liberalisierung des Energiemarktes, zum EU-Gipfel in Köln (1999), aber auch von kurdischen Organisationen für die hohe Anzahl an Teilnehmenden verantwortlich. 2005 waren es Proteste gegen die

---

<sup>57</sup> Imig, Tarrow 2000, S. 85.

<sup>58</sup> Auf der einen Seite scheinen europäisierte 1. Mai-Proteste für die vorliegende Frage nicht relevant, da es ursprünglich höchst wahrscheinlich nicht die Missstände im Zusammenhang europäischer Integration sind, die die Menschen auf die Straße treibt. Auf der anderen Seite könnte es gerade für die Mobilisierungskraft des Eurothemas sprechen, wenn Europa zu einem der wichtigsten Themen in diesen traditionell von nationalen Gewerkschaften organisierten Ereignissen wird.

Liberalisierung des Dienstleistungsmarktes sowie Friedensdemonstrationen, die einen Bezug zur EU hatten. Ab 2009 standen die teilnehmerstärksten Proteste im Zeichen des Widerstands gegen die EU-Krisenpolitik sowie auch gegen das Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA) und die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP).

[Abbildungen 1 & 2]

Diese ausgewählten Ereignisse deuten bereits auf die *zentralen Konflikte* hin, die in europäisierten Protesten artikuliert werden. Abbildung 3 zeigt hierzu die Entwicklung der Salienz von drei Themenkategorien: Wirtschaft, Kultureller Liberalismus und EU-Integration (allgemein). Die ersten beiden Kategorien umfassen zentrale Politikfelder auf nationaler und europäischer Ebene, wohingegen die dritte Kategorie allgemeine Positionierungen gegenüber der EU sowie zu zentralen konstitutionellen Fragen von Vertiefung und Erweiterung beinhaltet. Es zeigt sich, dass die Protestierenden in Deutschland deutlich häufiger Politikfeld-bezogene Forderungen stellen. Widerstand bzw. Unterstützung von Vertragsrevisionen oder Erweiterungsrunden ist kaum Gegenstand von Protest. Weniger als sechs Prozent aller codierten Forderungen lassen sich dem Bereich EU-Integration (allgemein) zuordnen. Der Spitzenwert für diese Kategorie im Jahr 2005 ist auf Proteste gegen die geplante Europäische Verfassung zurückzuführen.

Insgesamt mobilisierten ökonomische Themen am stärksten (siehe Abbildung 3). Rund zwei Drittel aller codierten Ziele entfallen auf diesen Bereich. Lediglich 2007 waren ökonomische Forderungen nicht häufiger Gegenstand von Protest als alle anderen Forderungen zusammen. Die meisten dieser Forderungen lassen sich dem Bereich „ökonomische Liberalisierung und Wohlfahrt“ zuordnen, gefolgt von Landwirtschafts- und Umweltpolitik. Die vom Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten 1. Mai-Demonstrationen 2004 stellen nur ein Beispiel für diese Proteste dar. Viele dieser auf wirtschaftliche Themen bezogenen Ereignisse weisen auch organisatorisch eine transnationale Dimension auf – z. B. die Euromärsche gegen Arbeitslosigkeit, die Proteste gegen die EU-Hafenrichtlinie sowie gegen die Bolkestein-Richtlinie. Die beiden jüngsten Höchstwerte in der Anzahl ökonomischer Proteste gehen vor allem auf landwirtschaftliche Themen (2009) und die Proteste von Blockupy Frankfurt (2012) zurück. Interessanterweise sind alle drei Höhe-



punkte in der Gesamtanzahl europäisierter Proteste auch auf einen Anstieg an „kulturellen“ Forderungen zurückzuführen (Abbildung 3). Diese machen rund 25 Prozent aller codierten Ereignisse aus. Bis Ende der 2000er Jahre sind insbesondere Friedensaktivistinnen und -aktivisten für die hohe Zahl europäisierter Proteste in diesem Themenfeld verantwortlich. Sie kritisierten vehement die Rolle der EU in internationalen Konflikten und verbanden beispielsweise die traditionellen Ostermärsche mit einer Opposition gegen die Militarisierung der EU-Außenpolitik. Der Anstieg seit 2012 ist hingegen vor allem mit vermehrter Kritik an der europäischen Asylpolitik verbunden.

[Abbildung 3]

Insgesamt zeigt sich kein deutlich ansteigender Trend des Ausmaßes an Protest über Zeit. Dies schließt jedoch nicht aus, dass sich die *Formen der Europäisierung* über die Zeit hinweg systematisch verändert haben. Im Gegensatz zu den Studien von Imig und Tarrow<sup>59</sup> sowie von Uba und Ugglä<sup>60</sup> zeigen unsere Daten in diesem Bereich eine klare Dominanz stärker europäisierter Formen. So sind lediglich 28,6 Prozent aller codierten Ereignisse dem Typ „Domestizierung“ zuzuordnen. Die Form der „Supranationalisierung“ (also die Kombination von europäischem Adressaten und europäischen Akteuren) kommt mit 38,2 Prozent am häufigsten vor, gefolgt von „Externalisierung“ mit 28,2 Prozent. Die Kombination von europäischer Vernetzung auf der Akteurs-ebene und ausschließlich nationalen Adressaten des Protests kommt dahingegen mit 4,9 Prozent am seltensten vor. Dieser Wandel hin zu intensiveren Formen der Europäisierung im Vergleich zur Zeit vor Maastricht bestätigt die Beobachtung von della Porta und Caiani<sup>61</sup> für die frühen 2000er Jahre. Dennoch sind oftmals sowohl europäische als auch nationale Institutionen und Akteure Ziele supranationaler Proteste. Dieses „Sowohl-Als-Auch“ entspricht auch eher der Realität europäischen Regierens als ein ausschließendes „Entweder-Oder“<sup>62</sup>. Abbildung 4 zeigt die Entwicklung externalisierter und supranationaler Proteste in unserem Untersuchungszeitraum. Bis auf zu Beginn des Zeitraums, Mitte der 1990er, sowie Mitte der 2000er stellten diese beiden Formen der Europäisierung zusammengenommen immer die deutliche Mehrheit aller europäisierten Proteste dar. Zudem hat sich ihr Anteil seit Mitte der 2000er Jahre auf einem relativ hohen Niveau stabilisiert. Dies

---

<sup>59</sup> Imig, Tarrow 2001a.

<sup>60</sup> Uba, Ugglä 2011.

<sup>61</sup> Della Porta, Caiani 2009.

<sup>62</sup> Vgl. Beck, Grande 2007.

bedeutet, dass Proteste, die sich thematisch auf die EU beziehen (zumindest jene mit deutscher Beteiligung), heutzutage im Kern auch europäische Institutionen adressieren und oftmals eine organisatorische Vernetzung der beteiligten Akteure aufweisen.

[Abbildung 4]

### **Triebkräfte der Entwicklung: Autoritätstransfers, Parteipolitik und/oder Eigenlogik der Protestarena?**

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aufgrund dieser deskriptiven Befunde nun für die eingangs formulierten Thesen ziehen? Insgesamt deutet die Entwicklung der Europäisierung von Protest auf keinen *direkten* Bezug zu Autoritätstransfers im Zuge von Vertragsrevisionen hin. Zwar kam es während der Debatte über den Verfassungsentwurf zu einem Anstieg an Protest, dieser hat sich danach aber nicht auf einem höheren Niveau stabilisiert. Auch weitere Autoritätstransfers – aufgrund des Lissaboner Vertrags sowie der Euro-Krisenpolitik – haben nicht zu einem systematischen Anstieg geführt.<sup>63</sup> Stark integrierte Politikfelder, unter anderem die Agrarpolitik und die Regulierung des Binnenmarkts, sind häufig Gegenstand europäisierter Proteste, gleichzeitig werden aber die zentralen Vertragswerke und Erweiterungsrounden kaum in der Protestarena politisiert. Dies kann unseres Erachtens lediglich als Beweis für eine eher weite Interpretation der Autoritätstransferthese dienen. Die Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf die europäische Ebene führt zu neuen politischen Potentialen, aber keineswegs zwangsläufig zu manifesten Konflikten.

Ebenfalls nicht eindeutig fallen die Resultate für die These eines „spill over“ von Konflikten aus der Parteipolitik in die Protestarena aus. Die Ergebnisse von Hutter und Grande<sup>64</sup> zur Politisierung Europas in deutschen Bundestagswahlkämpfen deuten im Ländervergleich auf moderate Konflikte hin, mit Höchstwerten in den Jahren 2005 und 2009. Für das Jahr 2013 zeigen neuere Daten auch ein deutlich niedrigeres Niveau an öffentlich ausgetragenem Konflikt zu Europa als in den beiden Bundestagswahlen zuvor. Zwar stimmt dieser Anstieg der Politisierung in den Wahlkämpfen 2005 und 2009 teilweise auch mit den Höchstwerten in der Protestpolitik überein (vgl. Abbildungen 1 & 2), jedoch unterscheiden sich die Konflikte in beiden Arenen deutlich. Wie beschrieben

<sup>63</sup> Vgl. auch Gläser 2011; Uba, Ugglä 2011.

<sup>64</sup> Hutter, Grande 2014.

mobilisierten ökonomische Themen und insbesondere Forderungen nach einem „sozialeren Europa“ die meisten Protestierenden. Zentrale Konflikte in der Wahlarena entbrannten hingegen um die EU-Mitgliedschaft der Türkei (2005) und aufgrund von Bedenken über den geringen Einfluss nationaler Parlamente (2009). Weiterhin wurden beide Debatten von den Christdemokraten dominiert, die jedoch nicht die Protestarena nutzten. 6,4 Prozent aller europäisierten Proteste wurden von linken Parteien organisiert, lediglich 1,6 Prozent von rechten. Der relativ geringe Anteil beider Parteigruppierung verdeutlicht, dass andere Organisationstypen, insbesondere Gewerkschaften (27,5 Prozent) und links-libertäre Gruppierungen (44,1 Prozent) als treibende Kräfte hinter europäisierten Protesten in Deutschland stehen. Anders ausgedrückt ist die zeitliche Entwicklung der Politisierung in beiden Arenen relativ ähnlich, jedoch sind unterschiedliche Akteure und Konflikte für die Politisierung Europas in beiden Arenen verantwortlich.

Im Kern bestätigen die bisherigen Resultate die Vermutung, dass es insbesondere policy-Entscheidungen auf europäischer Ebene sind, die in Protesten aufgegriffen werden. Gerade im Bereich ökonomischer Politikfelder versuchen nach wie vor jene Gruppen, die am stärksten direkt negativ von EU-Entscheidungen betroffen sind, sich mittels Protestaktionen Gehör zu verschaffen<sup>65</sup>. Die Einbettung in nationale Protestwellen ist aufgrund des Mangels an quantitativen Daten zur Entwicklung des Protestvolumens in Deutschland relativ schwierig zu beantworten. Die Höhepunkt in der Teilnehmerzahl 2004 und auch die jüngsten Proteste zur EU-Asylpolitik deuten jedoch auf einen gewissen Zusammenhang hin. Die starke Fluktuation europäisierter Proteste im Zeitverlauf spricht aber gegen einen allzu starken Zusammenhang von europäisiertem und nationalem Protest in Deutschland.

Im letzten Schritt der Analyse testen wir die drei Thesen zur Erklärung der Entwicklung europäisierter Protestereignisse mittels einer multivariaten Regressionsanalyse. Unsere abhängigen Variablen sind die monatliche Anzahl aller codierten Proteste mit einem thematischen EU-Bezug (Abbildung 1) sowie die Anzahl aller supranationalen Proteste (Abbildung 4). Da es sich bei den Daten um eine Zeitreihe und Zählzahlen handelt, haben wir verschiedene Modelannahmen und -spezifikationen getestet. Aufgrund der Verteilung der Variablen nutzen wir Negativ-Binomial-Regressionsen.<sup>66</sup> Zur Messung der zentralen Konzepte stützen wir uns im Wesentlichen auf die Arbeit

---

<sup>65</sup> Vgl. Imig, Tarrow 2001a.

<sup>66</sup> Tests unter Einbezug verschiedener *lags* der abhängigen Variable als weiteren Indikatoren führten zu keinen signifikanten Ergebnissen und veränderten auch die Ergebnisse der anderen unabhängigen Variablen nicht. Daher verzichten wir auf diese in den präsentierten Modellen.

von Rauh<sup>67</sup> zur Salienz Europas im deutschen Bundestag. Die Bedeutung von Autoritätstransfers wird anhand von zwei Indikatoren bestimmt. Der erste Indikator ist ein additiver Index und setzt sich zusammen aus (a) der Anzahl der Politikfelder, welche vom EU-Primärrecht abgedeckt werden („scope“), (b) dem Anteil an EU-Gesetzgebung mit Initiativrecht der Kommission („delegation“) sowie (c) dem Anteil an Entscheidungen im Ministerrat mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit („pooling“). Der zweite Indikator zeigt an, ob es im jeweiligen Monat zu Debatten im deutschen Bundestag über eine europäische Vertragsrevision kam (1=Monat mit Vertragsrevision). Die Frage, ob Europa auch Anlass zu parteipolitischen Auseinandersetzungen gab, wird ebenfalls anhand von zwei Indikatoren gemessen. Der erste Indikator misst den Politisierungsgrad in den deutschen Bundestagswahlkämpfen. Hierbei stützen wir uns auf die Daten zur Politisierung von Hutter und Grande<sup>68</sup>. Der zweite Indikator stammt wiederum von Rauh<sup>69</sup> und misst den Anteil von Artikeln der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, die in ihrer Überschrift auf die EU/EG verweisen. Dieser Indikator stellt zwar eine relativ grobe Messung für die parteipolitische Auseinandersetzung zwischen den Wahlen dar, dennoch ziehen wir ihn weniger dynamischen Faktoren, wie dem Anteil europäischer Themen in nationalen Wahlprogrammen, vor. Am schwierigsten ist es, die noch stärker situativen Faktoren zu messen. Hier stützen wir uns in unserer explorativen Analyse auf die folgenden zwei Indikatoren: Der erste Indikator misst, ob im jeweiligen Monat ein EU-Gipfel stattfand, welcher einen möglichen Anlass für Protest geben könnte. Der zweite zeigt an, ob in diesem Monat überdurchschnittlich viele Proteste in Deutschland stattfanden (dies messen wir mittels der bereits erwähnten Protestereignisdaten für die Jahre 1995 bis 2011).

[Tabelle 2]

Im Wesentlichen bestätigen die Resultate der Regressionsanalyse die deskriptiven Befunde. Mit Blick auf die monatliche Anzahl aller europäisierten Proteste mit deutscher Beteiligung deuten alle Koeffizienten auf die erwarteten positiven Effekte der unabhängigen Variablen hin, jedoch zeigt sich nur für die beiden Variablen zu parteipolitischen Auseinandersetzungen und für das Stattfinden von EU-Gipfeln ein statistisch signifikanter Zusammenhang. Mit Blick auf unsere drei Thesen

---

<sup>67</sup> Rauh 2015.

<sup>68</sup> Hutter, Grande 2014.

<sup>69</sup> Rauh 2015.

unterstützt dies den Befund, dass es keinen direkten Bezug zwischen dem Ausmaß von Autoritätstransfers und dem Aufkommen europäisierter Proteste mit deutscher Beteiligung zu geben scheint. Dies widerspricht den Ergebnissen für den deutschen Bundestag von Rauh<sup>70</sup> und deutet auf den Unterschied zwischen stark und schwach institutionalisierten politischen Arenen hin. Politisierung in der Wahlarena und eine gesteigerte generelle Medienaufmerksamkeit für das Eurothema führen dahingegen zu einem Anstieg europäisierter Proteste (dieser signifikante Effekt verschwindet, wenn man nur das Ausmaß an „supranationalen“ Protesten berücksichtigt). Generell ist jedoch die substantielle Signifikanz der Ergebnisse relativ gering. Wie bereits in den deskriptiven Befunden festgestellt, zeichnet sich ein schwacher Zusammenhang zwischen dem Ausmaß an europapolitischen Konflikten in der Partei- und Protestpolitik ab. Bereits die unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkte haben gezeigt, dass es keine starke Kopplung der beiden Arenen gibt. Unsere explorative multivariate Analyse bestätigt ebenfalls, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen dem Ausmaß nationaler Proteste und der Europäisierung von Protest gibt. Vielmehr scheinen policy-Entscheidungen der EU (gemessen an EU-Gipfeln) einen zentralen Auslöser für europäisierten Protest darzustellen.

### **Schlussfolgerungen**

Wie haben sich das Ausmaß und die Formen europäisierter Proteste seit Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags entwickelt? Welche Faktoren führen zu verstärkter Europäisierung in der Protestarena? Dies waren die beiden Leitfragen des vorliegenden Beitrags. Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir einen neuen Protestereignis-Datensatz verwendet. Dieser Datensatz stützt sich auf die Codierung der Frankfurter Rundschau und umfasst Proteste mit deutscher Beteiligung und einem thematischen Bezug zum europäischen Integrationsprozess in den Jahren 1995 bis 2014. Der thematische EU-Bezug wurde entweder direkt über das Thema des Protests oder indirekt über den Adressaten des Protests oder die Begründungsmuster, die von den Protestierenden herangezogen wurden, hergestellt. Zusätzlich zu dieser inhaltlichen Dimension der Europäisierung von Protest haben wir auch die organisatorische Dimension im Sinne einer transnationalen Vernetzung von Organisationen und Teilnehmenden analysiert.

---

<sup>70</sup> Op. cit.

Die zentralen Ergebnisse lassen sich in drei Punkten zusammenfassen. *Erstens*, die Analysen zum Ausmaß der Europäisierung zeigen, dass Protestereignisse, die einen thematischen Bezug zum europäischen Integrationsprozess aufweisen, ein fester, aber kein dominanter Bestandteil der deutschen Protestlandschaft darstellen. Die Bedingungen des europäischen Mehrebenensystems haben sowohl zur inhaltlichen als auch zur organisatorischen Europäisierung der deutschen Protestlandschaft beigetragen. Der Befund eines „beschränkten“ Einflusses für die Zeit nach Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags bestätigt daher sowohl frühere Arbeiten der sozialen Bewegungsforschung als auch Studien, die eine relativ moderate Politisierung des Europathemas in der parteipolitischen Auseinandersetzung in Deutschland beobachten. Inhaltlich sind ökonomische Themen und Forderungen nach einem sozialeren Europa noch immer dominant, wobei auch andere Konfliktfelder (u.a. die Asyl- und Flüchtlingspolitik) an Bedeutung gewinnen. Dahingegen sind konstitutive Fragen europäischer Integration im Zuge von Vertragsrevisionen oder Erweiterungsrounden zumindest in der deutschen Protestarena kaum sichtbar.

*Zweitens*, unsere Resultate zu den Formen der Europäisierung unterscheiden sich von früheren Befunden in diesem Bereich. Die Ergebnisse deuten nicht auf eine Dominanz „domestizierter“ Proteste hin, d.h. die Kombination „europäischer“ Forderungen mit nationalen Protestadressaten und -akteuren. Im Gegenteil, die Form der „Supranationalisierung“ (die Kombination von europäischem Adressaten und europäischen Akteuren) kommt laut der Berichterstattung der Frankfurter Rundschau am häufigsten vor. Dieser Wandel hin zu intensiveren Formen der Europäisierung deckt sich mit den Beobachtungen von della Porta und Caiani.<sup>71</sup> Anders formuliert zeigt sich, dass die inhaltliche Europäisierung der deutschen Protestarena immer noch relativ begrenzt ist, wenn aber europäische Inhalte thematisiert werden, dann geht dies meist mit einer transnationalen Vernetzung der beteiligten Akteure einher. Dabei scheint für weitere empirische Analysen auch zentral, dass ein einfaches „Entweder-Oder“ nicht zielführend erscheint, da sich Proteste, die sich thematisch auf die EU beziehen (zumindest jene mit deutscher Beteiligung), heutzutage im Kern nationale und auch europäische Institutionen *gleichzeitig* adressieren sowie Protestakteure über nationale Grenzen hinweg verbinden.

*Drittens*, mit Blick auf mögliche Erklärungen der Entwicklung des Ausmaßes an europäisiertem Protest haben wir drei unterschiedliche Thesen überprüft: zunehmende Autoritätstransfers auf die europäische Ebene, „spill over“-Effekte von parteipolitischen Konflikten um Europa und

---

<sup>71</sup> Della Porta, Caiani 2009.

die Eigenlogik der Protestarena. Die Ergebnisse fallen dabei für alle drei Thesen unterschiedlich aus. Insgesamt zeichnet sich kein klarer zeitlicher Trend in der Entwicklung des Ausmaßes europäisierter Proteste ab. Es besteht insbesondere kein direkter Zusammenhang zwischen zunehmenden Autoritätstransfers und damit verbundenen Vertragsrevisionen auf der einen Seite und dem Ausmaß europäisierter Proteste auf der anderen Seite. Viel eher zeichnet sich eine moderate Kopplung zwischen der *zeitlichen* Entwicklung parteipolitischer Auseinandersetzung und der Entwicklung europäisierter Proteste ab. Dieser Befund wird jedoch dadurch relativiert, dass mit Blick auf die Themen und Akteure eher von zwei Welten der Politisierung Europas in Deutschland gesprochen werden kann als von einer starken Kopplung von Partei- und Protestpolitik. Wie gezeigt wurde, zeichnet sich die Protestarena durch eine ökonomische Kritik am europäischen Integrationsprozess aus, wohingegen diese Fragen zumindest in der deutschen Parteipolitik bislang kaum zu starker öffentlich sichtbarer Auseinandersetzung geführt haben. Zwar ist dieses Muster nicht untypisch für die Protestlandschaft insgesamt, dennoch gibt es Themen (u.a. Immigration), bei denen es zu einer deutlich stärkeren Kopplung der Aktivitäten in der Protestarena und der Parteipolitik kommt. Am ehesten bestätigt sich daher die These zur Eigenlogik der Protestarena und stärker situativer Faktoren. So scheint es, dass die Entwicklung europäisierter Proteste spezifische policy-Entscheidungen auf der europäischen Ebene widerspiegelt und es auch nach Protestwellen nicht zu einer Stabilisierung auf einem höheren Niveau kommt.

Zukünftige Forschung sollte insbesondere die systematische quantitative Erforschung der Triebkräfte europäisierter Proteste weiterverfolgen. Bislang gelangen insbesondere qualitative Fallstudien zu interessanten Ergebnissen bezüglich der Entstehungsbedingungen und Dynamiken einzelner Protestkampagnen.<sup>72</sup> Die vorliegenden quantitativen Studien sind dahingegen meist rein deskriptiv. Basierend auf den Ergebnissen unserer Untersuchung erscheint die systematische Untersuchung der Effekte kritischer Ereignisse im politischen Prozess sowie die Wechselbeziehungen mit Konflikten in stärker institutionalisierten Arenen – wie der Wahlarena oder Parlamenten – besonders lohnenswert. Gleichzeitig zeigt unsere Fallstudie zu europäisierten Protesten mit deutscher Beteiligung, dass die Literatur zur Politisierung Europas durchaus von einer systematischen Betrachtung von Protesten und sozialen Bewegungen profitieren kann. Zwar ist die Protestarena nicht unbedingt der Ort der sichtbarsten Auseinandersetzungen zu Europa, die Auseinandersetzung mit *policy*-Fragen – statt mit *polity*-Fragen – entspricht jedoch viel eher dem politischem Konflikt in

---

<sup>72</sup> U.a. Balme, Chabanet 2008; Parks 2009.

etablierten politischen Systemen. In diesem Sinne ist die Auseinandersetzung um europäische Themen in der Protestarena deutlich „normalisierter“ als jene in nationalen Wahlkämpfen, in denen eher Fragen der „Verfassung Europas“ – Vertiefung und Erweiterung – zu öffentlich sichtbaren Konflikten führen. Dieses Auseinanderdriften der Intensität und Inhalte politischer Konflikte auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Arenen sollte unseres Erachtens zukünftig noch deutlich stärker in den Mittelpunkt der Politisierungsliteratur rücken.



## Bibliographie

- Balme, Richard; Chabanet, Didier 2008. *European Governance and Democracy. Power and Protest in the EU*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- Beck, Ulrich; Grande, Edgar 2007. *Cosmopolitan Europe*. Cambridge: Polity Press.
- Bush, Evelyn; Simi, Pete 2001. „European Farmers and Their Protest“, in *Contentious Europeans: protest and politics in an emerging polity*, hrsg. v. Imig, Doug; Tarrow, Sidney, S. 97-121. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.
- De Wilde, Pieter; Zürn, Michael 2012. „Can the Politicization of European Integration be Reversed?“, in *Journal of Common Market Studies* 50, 1, S. 137-153.
- De Wilde, Pieter; Leupold, Anna; Schmidtke, Henning 2016. „Introduction: The Differentiated Politicisation of European Governance“, in *West European Politics* 39, 1, S. 3-22.
- Della Porta, Donatella 2015. *Social Movements in Times of Austerity: Bringing Capitalism Back Into Protest Analysis*. Cambridge: Polity Press.
- Della Porta, Donatella; Tarrow, Sidney 2005. „Transnational Processes and Social Activism: An Introduction“, in *Transnational Protest and Global Activism*, hrsg. v. Della Porta, Donatella; Tarrow, Sidney, S. 1–17. Lanham: Rowman & Littlefield.
- Della Porta, Donatella; Caiani, Manuela 2007. „Europeanization from Below? Social Movements and Europe“, in *Mobilization* 12, 1, S. 1-20.
- Della Porta, Donatella; Caiani, Manuela 2009. *Social Movements and Europeanization*. Oxford: Oxford University Press.
- Della Porta, Donatella; Parks, Louisa 2013. „Contentious EU politics: a comparative analysis of protest campaigns“, in *A political sociology of transnational Europe*, hrsg. v. Kauppi, Niilo, S. 17-52. Colchester: ECPR Press.
- Dolezal, Martin; Hutter, Swen; Becker, Regina 2016. „Protesting European integration: politicisation from below?“, in *Politicising Europe: Integration and Mass Politics*, hrsg. v. Hutter, Swen; Grande, Edgar; Kriesi, Hanspeter, S. 112-134. Cambridge: Cambridge University Press.

- Earl, Jennifer; Martin, Andrew; Mccarthy, John D.; Soule, Sarah A. 2004. „The use of newspaper data in the study of collective action“, in *Annual Review of Sociology* 30, S. 65-80.
- Giugni, Marco; Grasso, Maria T. (Hg.) 2015: *Austerity and Protest: Popular Contention in Times of Economic Crisis*. London: Routledge.
- Gläser, Cyril 2011. „Protest 'von unten' statt Elitenkonsens? Typen von Protestereignissen mit EU-Bezug. Paper presented at the Dreiländer-Tagung, Basel, 13-14/01/2011“, in.
- Grande, Edgar 2006. „Cosmopolitan Political Science“, in *British Journal of Sociology* 57, 1, S. 87-111.
- Grande, Edgar; Hutter, Swen 2016. „Beyond authority transfer: explaining the politicisation of Europe“, in *West European Politics* 39, 1, S. 23-43.
- Habermas, Jürgen 2011. *Zur Verfassung Europas: Ein Essay*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Hobolt, Sara B.; De Vries, Catherine E. 2015. „Issue Entrepreneurship and Multiparty Competition“, in *Comparative Political Studies*.
- Hooghe, Liesbet; Marks, Gary 2009. „A Postfunctionalist Theory of European integration: From Permissive Consensus to Constraining Dissensus“, in *British Journal of Politic Science* 39, 1, S. 1-23.
- Hutter, Swen 2014a. *Protesting Culture and Economics in Western Europe: New Cleavages in Left and Right Politics*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Hutter, Swen 2014b. „Protest event analysis and its offspring“, in *Methodological practices in social movement research*, hrsg. v. Della Porta, Donatella, S. 335-367. Oxford: Oxford University Press.
- Hutter, Swen; Grande, Edgar 2014. „Politicizing Europe in the National Electoral Arena: A Comparative Analysis of Five West European Countries, 1970–2010“, in *JCMS: Journal of Common Market Studies* 52, 5, S. 1002-1018.
- Hutter, Swen; Grande, Edgar; Kriesi, Hanspeter 2016. *Politicising Europe: Integration and Mass Politics*. Cambridge Cambridge University Press.
- Imig, Doug; Tarrow, Sidney 1999. „The Europeanization of Movements? A New Approach to Transnational Contention“, in *Social Movements in a Globalizing World*, hrsg. v. Della

Porta, Donatella; Kriesi, Hanspeter; Rucht, Dieter, S. 112-133. Houndmills: Macmillan Press.

Imig, Doug; Tarrow, Sidney 2000. „Political contention in a europeanising polity“, in *West European Politics* 23, 4, S. 73-93.

Imig, Doug; Tarrow, Sidney (Hg.) 2001a: *Contentious Europeans: protest and politics in an emerging polity*. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Imig, Doug; Tarrow, Sidney 2001b. „Mapping the Europeanization of Contention: Evidence from a Quantitative Data Analysis“, in *Contentious Europeans: protest and politics in an emerging polity*, hrsg. v. Imig, Doug; Tarrow, Sidney, S. 27-49. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Imig, Doug; Tarrow, Sidney 2001c. „Studying Contention in an Emerging Polity“, in *Contentious Europeans: protest and politics in an emerging polity*, hrsg. v. Imig, Doug; Tarrow, Sidney, S. 3-26. Lanham: Rowman & Littlefield Publishers.

Imig, Doug; Tarrow, Sidney 2003. „Politischer Protest im europäischen Mehrebenensystem“, in *Europäische Integration. 2.Auflage* hrsg. v. Jachtenfuchs, Markus; Kohler-Koch, Beate S. 121-149. Opladen: Leske + Budrich Verlag.

Koopmans, Ruud; Rucht, Dieter 2002. „Protest Event Analysis“, in *Methods of Social Movement Research*, hrsg. v. Klandermans, Bert; Staggenborg, Suzanne, S. 231-259. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Koopmans, Ruud; Statham, Paul; Giugni, Marco; Passy, Florence 2005. *Contested Citizenship. Immigration and Cultural Diversity in Europe*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Kriesi, Hanspeter 2004. „Political Context and Opportunity“, in *The Blackwell Companion to Social Movements*, hrsg. v. Snow, David A.; Soule, Sarah A.; Kriesi, Hanspeter, S. 67-90. Oxford: Blackwell Publishing.

Kriesi, Hanspeter 2007. „The Role of European Integration in National Election Campaigns“, in *European Union Politics* 8, 1, S. 83-108.

Kriesi, Hanspeter; Koopmans, Ruud; Duyvendak, Jan Willem; Giugni, Marco 1995. *New Social Movements in Western Europe. A Comparative Analysis*. Minneapolis: University of Minnesota Press.

Kriesi, Hanspeter; Grande, Edgar; Lachat, Romain; Dolezal, Martin; Bornschier, Simon; Frey, Timotheos 2008. *West European Politics in the Age of Globalization*. Cambridge: Cambridge University Press.

Marks, Gary; Mcadam, Doug 1996. „Social Movements and the Changing Structure of Political Opportunity in the European Union“, in *West European Politics* 19, 2, S. 249-278.

Marks, Gary; Mcadam, Doug 1999. „On the Relationship of Political Opportunities to the Form of Collective Action: the Case of the European Union“, in *Social Movements in a Globalizing World*, hrsg. v. Della Porta, Donatella; Kriesi, Hanspeter; Rucht, Dieter, S. 97-111. Houndmills: Macmillan Press.

Mcadam, Doug; Tarrow, Sidney; Tilly, Charles 2001. *Dynamics of Contention*. New York: Cambridge University Press.

Parks, Louisa 2009. *In the Corridors and in the Streets: A Comparative Study of the Impact of Social Movement Campaigns in the EU*. Florence: European University Institute.

Poloni-Staudinger, Lori M. 2008. „The Domestic Opportunity Structure and Supranational Activity. An Explanation of Environmental Group Activity at the European Union Level“, in *European Union Politics* 9, 4, S. 531-558.

Rauh, Christian 2015. „Communicating supranational governance? The salience of EU affairs in the German Bundestag, 1991-2013“, in *European Union Politics* 16, S. 116-138.

Rauh, Christian 2016. *A responsive technocracy? EU politicisation and the consumer policies of the European Commission*. Colchester: ECPR Press.

Reising, Uwe K. H. 1998. „Domestic and Supranational Political Opportunities: European Protest in Selected Countries 1980-1995“, in *European Integration online Papers (EIoP)* 2, 5.

Reising, Uwe K. H. 1999. „United in Opposition? A Cross-National Time-Series Analysis of European Protest in Three Selected Countries, 1980-1995“, in *The Journal of Conflict Resolution* 43, 3, S. 317-342.

- Risse, Thomas (Hg.) 2015: *European Public Spheres: Politics is Back*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Rucht, Dieter 2000. „Zur Europäisierung politischer Mobilisierung“, in *Berliner Journal für Soziologie* Heft 2, S. 185-202.
- Rucht, Dieter (Hg.) 2001: *Protest in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Entwicklungen*. Frankfurt: Campus Verlag.
- Rucht, Dieter 2002. „The EU as a Target of Political Mobilization? Is there a Europeanization of Conflict?“, in *L'action collective en Europe*, hrsg. v. Balme, Richard; Chabanet, Didier; Wright, Vincent, S. 163-194. Paris: Presses de Sciences Po.
- Schäfer, Armin 2006. „Nach dem permissiven Konsens. Das Demokratiedefizit der Europäischen Union“, in *Leviathan* 34, 3, S. 350-376.
- Schimmelfennig, Frank 2014. „European Integration in the Euro Crisis: The Limits of Postfunctionalism“, in *Journal of European Integration* 36, 3, S. 321-337.
- Senninger, Roman; Wagner, Markus 2015. „Political parties and the EU in national election campaigns: who talks about Europe, and how?“, in *JCMS: Journal of Common Market Studies* 53, 6, S. 1336-1351.
- Statham, Paul; Trez, Hans-Jörg 2013a. *The Politicization of Europe: Contesting the Constitution in the mass media*. London: Routledge.
- Statham, Paul; Trez, Hans-Jörg 2013b. „How European Union Politicization can Emerge through Contestation: The Constitution Case“, in *Journal of Common Market Studies* 51, 5, S. 965-980.
- Tilly, Charles 2004. *Social Movements, 1768-2004*. Boulder: Paradigm.
- Tzelgov, Eitan 2014. „Cross-cutting issues, intraparty dissent and party strategy: The issue of European integration in the House of Commons“, in *European Union Politics* 15, 1, S. 3-23.
- Uba, Katrin; Uggl, Fredrik 2011. „Protest Actions against the European Union, 1992–2007“, in *West European Politics* 34, 2, S. 384-393.

- Uba, Katrin; Uggla, Fredrik 2012. „Do Protests against the European Union Matter? Unpublished manuscript“, in.
- Van Der Eijk, Cees; Franklin, Mark N. 2004. „Potential for contestation on European matters at national elections in Europe“, in *European Integration and Political Conflict*, hrsg. v. Marks, Gary; Steenbergen, Marco R., S. 32-50. Cambridge: Cambridge University Press.
- Zürn, Michael 2001. „Politik in der postnationalen Konstellation. Über das Elend des methodologischen Nationalismus“, in *Politik in einer entgrenzten Welt. 21. wissenschaftlicher Kongreß der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*, hrsg. v. Landfried, Christine, S. 181-203. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Zürn, Michael 2006. „Zur Politisierung der Europäischen Union“, in *Politische Vierteljahresschrift* 47, 2, S. 242-251.
- Zürn, Michael; Binder, Martin; Ecker-Ehrhardt, Matthias 2012. „International authority and its politicization“, in *International Theory* 4, 01, S. 69-106.

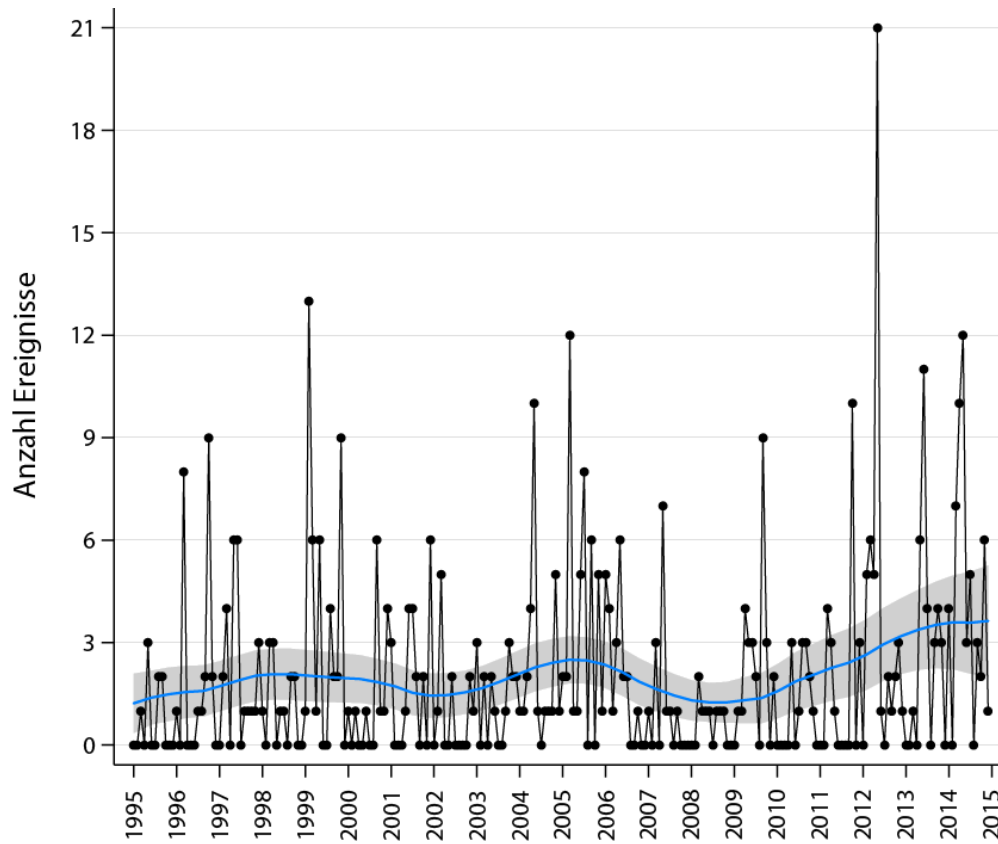
## Abbildungen und Tabellen

Tabelle 1: Formen europäisierten Protests

		Adressat des Protests	
		<i>national</i>	<i>europäisch</i>
Protest- akteure	<i>national</i>	Domestizierung	Externalisierung
	<i>europäisch</i>	Transnationaler Druck	Supranationalisierung

Quelle: della Porta und Caiani (2007: 7)

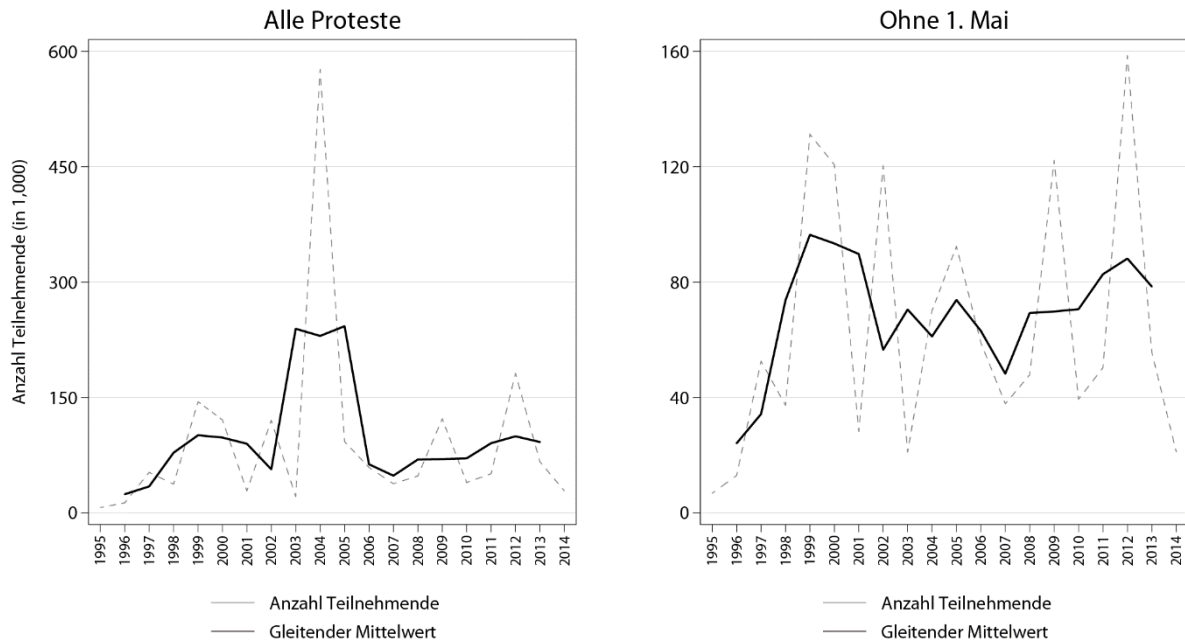
Abbildung 1: Anzahl europäisierter Proteste, 1995-2014 (pro Monat)



Anmerkung: Die Grafik zeigt die monatliche Anzahl Protestereignisse mit einem thematischen Europabezug und deutscher Beteiligung.

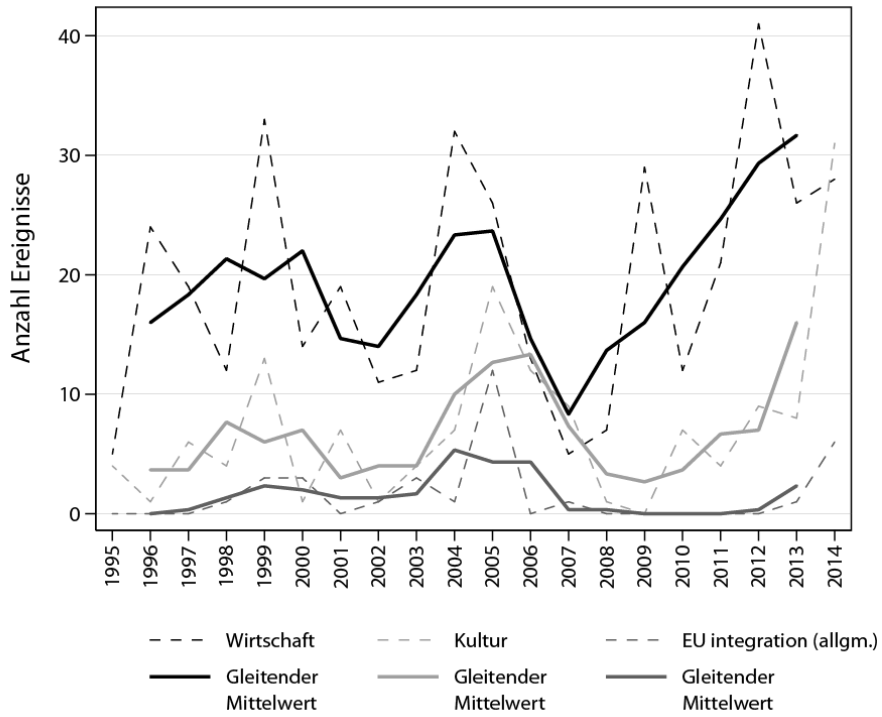


Abbildung 2: Anzahl Teilnehmende in europäisierten Protesten, 1995-2014 (pro Jahr)



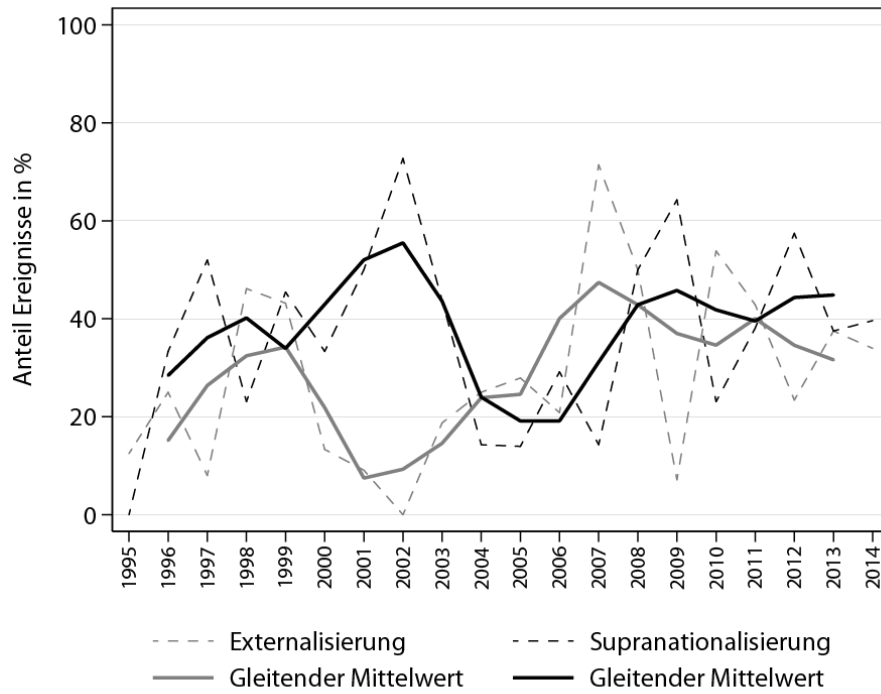
Anmerkung: Die Grafik zeigt die jährliche Anzahl Protestierende, die an Protestereignissen mit thematischem Europabezug und deutscher Beteiligung teilnahmen. Die durchgezogene Linie zeigt den gleitenden Mittelwert (t-1, t, t+1).

Abbildung 3: Themen europäisierter Proteste, 1995-2014 (pro Jahr)



Anmerkung: Die Grafik zeigt die jährliche Anzahl Forderungen pro Themenbereich. Die durchgezogene Linie zeigt den gleitenden Mittelwert (t-1, t, t+1).

Abbildung 4: Formen der Europäisierung, 1995-2014 (pro Jahr)



Anmerkung: Die Grafik zeigt den jährlichen Anteil der beiden Europäisierungsformen in Prozent aller codierten Ereignisse. Die durchgezogene Linie zeigt den gleitenden Mittelwert (t-1, t, t+1).

Tabelle 2: Regressionsanalyse der Anzahl europäisierter Protestereignisse in einem Monat

	alle Proteste			Supranationalisierung		
	Coef.	SE	P>t	Coef.	SE	P>t
Autoritätstransfer (Index)	0.03	0.03	n.s.	0.06	0.04	n.s.
Vertragsratifikation (Dummy)	0.25	0.35	n.s.	0.45	0.54	n.s.
Politisierung BT-Wahlen (Index)	0.15	0.09	*	0.09	0.15	n.s.
Salienz EU in der FAZ (Prozent)	1.11	0.40	***	0.97	0.69	n.s.
EU-Gipfel (Dummy)	0.40	0.19	**	1.08	0.29	***
Hochphase nat. Proteste (Dummy)	0.20	0.22	n.s.	-0.12	0.36	n.s.
Konstante	3.80	3.97	n.s.	6.03	1.15	n.s.
Log-Likelihood		-356.9			-201.4	
N		204			204	

\*  $p < 0.10$ , \*\*  $p < 0.05$ , \*\*\*  $p < 0.01$

Anmerkungen: Resultate einer Negativ-Binomial Regression; N=Anzahl Monate